

Weltwirtschaft

Electronic Commerce

Im Spannungsfeld der Interessen

Unterschiedliche Entwicklungsstände bei gleicher Entwicklungsrichtung erlauben weniger stark entwickelten Ländern gewissermaßen einen Blick in ihre eigene Zukunft. Was den elektronischen Handel angeht, blickt die Welt auf Amerika. Ein ernstzunehmender Zweifel daran, daß diese Form des Marketing rapide an Bedeutung gewinnt, besteht nicht, zumal das Internet bald auch von Fernsehgeräten, Mobiltelefonen und anderen Endgeräten außerhalb der Sphäre der EDV nutzbar sein wird. Dennoch ist das Modell nicht ohne weiteres übertragbar.

Marktvolumen von -zig, in wenigen Jahren: hunderten von Milliarden Dollar jährlich können nicht mit der Hemdsärmeligkeit bewegt werden, welche die Pionierphase kennzeichnete. Die Rechtssicherheit braucht Standards wie eine elektronische Unterschrift, die im Streitfall auch vor Gerichten Bestand hat, und zuverlässige Zahlungsweisen. Die Konsumenten in den einzelnen Ländern haben unterschiedliche Ansprüche an den Verbraucher- und den Datenschutz. Die beteiligten Staaten reklamieren ganz unterschiedliche fiskalische und andere Interessen.

Verständlicherweise soll der elektronische Handel, der ja zum Teil andere Formen des Handels ersetzt, keine weiteren Steuerschlupflöcher entstehen lassen. Aus fiskalischer Sicht sind ungerechtfertigte Steuerausfälle dabei ebenso wenig hinzunehmen wie aus der Sicht der Steuerpflichtigen weitere Ungerechtigkeiten wie die Vollbesteuerung von Löhnen neben einer noch stärker als bisher durchlöcherten Besteuerung anderer Einkommensarten. Die Vereinheitlichung der Regelwerke entwickeln sich freilich weit schleppender als der elektronische Handel selber. Hinzu kommt, daß Sonderinteressen, wie sie etwa im amerikanischen Exportverbot für anspruchsvolle Verschlüsselungsprogramme zum Ausdruck kommen (ganz zu schweigen von der Drohung, in Konfliktfällen das weltweite Netz einfach »abzuschalten«), bis dahin nicht gekannte Gräben aufreißen.

Welthandelskonferenz

Das war wohl nichts

Die Pleite war absehbar, die Veranstaltung die Reisekosten nicht wert – jedenfalls, wenn nichts daraus gelernt wird. Die Entwicklung des Welthandels ist nicht umkehrbar, die Regelwerke bedürfen mehrerer Erweiterungen, der angestrebte Fortschritt ist nur durch einen Konsens im Kreis der Mitglieder und darüber hinaus möglich: das haben alle gewußt, die sich, teils laut, teils leise auf

die Eröffnungsrunde der Welthandelskonferenz in Seattle vorbereitet haben. Die Art, wie die tonangebenden Mitglieder dabei vorgingen, ließ einen Konsens von Anfang an nicht erwarten. Dazu bedurfte es weder der Artikulation gemeinsamer Interessen der Entwicklungsländer im Verhältnis zu den entwickelten Ländern noch der Proteste von Globalisierungsgegnern.

Die ungelösten Konflikte (wegen der europäischen Bananenmarktordnung, der europäischen Weigerung, Fleisch von Tieren aus Hormonmast zuzulassen, wegen unterschiedlicher Einstellungen zu Eingriffen in das Erbgut von Tieren und Pflanzen) sowie der angelaufene amerikanische Wahlkampf taten ein übriges, um auch eine schrittweise Annäherung auszuschließen – zumal in Verbindung mit einer »Agenda-Politik«, die naturgemäß keine Kompromisse zuläßt (Punkt für Punkt diskutieren, beschließen, in Kraft setzen wollten die Amerikaner, Punkt für Punkt diskutieren, vorläufig beschließen und erst am Schluß ganz oder gar nicht in Kraft setzen die Europäer).

Das GATT, Vorläufer der WTO, funktionierte noch als ein Eliteclub von Staaten, deren Beschlüsse von allen anderen, auch der Weltöffentlichkeit im weitesten Sinne mit getragen wurden. Als vor gut zehn Jahren die Bretton-Woods-Institute (Weltbank und IWF) in die öffentliche Kritik gerieten – als demokratisch nicht legitimiert, als intransparent in ihrem Gebaren –, gab es die WTO noch nicht (sie wurde erst 1995 gegründet). Heute wird die WTO mit den gleichen Argumenten attackiert. Die Besetzung der Ausschüsse in Seattle zeigt, daß von 135 Mitgliedern ganze 25 »die

Fäden ziehen«. Die zahlenmäßig überlegenen Entwicklungsländer werden nach wie vor von den entwickelten Ländern dominiert, die Verteidigung »sensibler« Bereiche in den reichsten Volkswirtschaften der Erde, welche den Entwicklungsländern die wenigen Chancen, am Wachstum teilzuhaben, weitgehend nehmen, ist ein Hohn, der offenbar nicht länger hingenommen werden soll. In das Werben um Zustimmung sollen auch Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden, die bisher weitgehend von den Beratungen ausgesperrt blieben.

Die WTO steht heute für die Globalisierung, im Positiven (wachsender Wohlstand), wie im Negativen (zunehmende Ungleichverteilung), und kann es sich nicht länger leisten, hinter verschlossenen Türen »Schicksal zu spielen«. Es ist nicht zu spät für die »Millenniumsrunde«, es ist nur zu spät für die alte Selbstherrlichkeit. Zu bedauern ist vor allem, daß die vorgeschlagene Integration internationaler Umweltschutzabkommen in die Regelwerke der WTO nicht vorangebracht werden konnte.

Die Chance der WTO, eine Führungsrolle auf diesem Gebiet zu erlangen, muß vorerst als vertan gelten.

Weltfinanzsystem G20 gegründet

G7 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) plus Rußland gleich G8, G8 plus Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und Türkei gleich G20. Die

19 Staaten (zu denen noch die EU mit der EZB kommen) vereinen 85 % des Weltsozialprodukts auf sich und repräsentieren knapp zwei Drittel der Weltbevölkerung. Wichtigstes Thema des Gründungstreffens im Dezember 1999 in Berlin war eine schärfere Trennung der Aufgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Seit über zehn Jahren sind die beiden Bretton-Woods-Institute in der öffentlichen Diskussion. Die Anstrengung der G20 sind wohl zu deuten als ein Versuch, zu gemeinsamen Haltungen zu gelangen, ohne daß die komplizierten Abstimmungsprozeduren der Institute selber durchlaufen werden müssen. Die Richtung der konkreten Vorschläge ist klar erkennbar: Der IWF soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken, insbesondere seinen Mitgliedern bei der Überwindung von vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten beistehen. Die Kölner Schuldeninitiative von 1999 dagegen fällt eher in den Aufgabenkreis der Weltbank. Eine treibende Kraft hinter dieser Anstrengung ist der Wunsch der Amerikaner, die Macht des IWF zu beschneiden und das eigene Gewicht in diesem Institut zu erhöhen.

Deutschland

Außenhandel

Monatsrekord

Der November 1999 brachte den bisher höchsten Wert des deutschen Außenhandels überhaupt und leitete in einen Jahresend-

aufschwung ein, der sich im laufenden Jahr fortsetzen soll. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen erreichte der Export ein Volumen von 94,8 Mrd. DM, der Import von 79,2 Mrd. DM. Die Steigerung der Ausfuhr in die EU-Staaten lag mit 15,1 % wiederum über dem Durchschnitt (Drittländer: +13,7 %), bei den Einfuhren war es umgekehrt. Der Außenhandelsüberschuß von 15,6 Mrd. DM trug dazu bei, die Wachstumsrate im vierten Quartal deutlich ansteigen zu lassen.

Ausfuhrleistung des Bundes

50 Jahre Hermes-Deckungen

Wenige Monate nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde ein bewährtes Instrument neu geschaffen: die staatliche Ausfuhrleistung, kurz Hermes-Deckung genannt. Der Ermächtigungsrahmen im ersten Jahr betrug 120 Mio. DM, der aktuelle 220 Mrd. DM. Die relative Bedeutung der Deckungen für die deutschen Exporte liegt bei 4 % des Exportvolumens. 80 % des Volumens hiervon entfällt auf Entwicklungsländer. Der Wirtschaftsminister betonte in seiner Festansprache, daß durch die staatliche Leistung etwa 400.000 Arbeitsplätze im Land gesichert werden.

Zum 1. November 1999 sind alle Allgemeinen Bedingungen zur Übernahme von Ausfuhrleistungen in einer neuen Fassung vorgelegt worden. Die bisher separat geregelten Bedingungen sind eingearbeitet, das Regelwerk insgesamt ist bei dieser Gelegenheit redaktionell überarbeitet worden. Die Allgemeinen

Bedingungen sowie die Formulare dazu sind vom Hermes zu beziehen, sie können auch von der Internet-Homepage heruntergeladen werden (www.hermes-kredit.com).

Europäische Union

E-Commerce-Richtlinie

Elektronischer Binnenmarkt

Vergleichsweise zügig wurden Ende des letzten Jahres die Beratungen über eine die E-Commerce-Richtlinie der EU abgeschlossen. Im Frühjahr diesen Jahres soll die Richtlinie verabschiedet werden. Die Umsetzung in nationales Recht ist bis zur Jahreswende 2001/2002 vorgesehen. Was als Reaktion auf die Realität des Internet begann, könnte sich als Anfang eines einheitlichen europäischen Kaufrechts erweisen.

E-Commerce wird in der Richtlinie als Element des Binnenmarktes angesehen und entsprechend supranational geregelt. Für die Rechtsbeziehungen zwischen Verkäufern und Käufern gilt grundsätzlich das internationale Privatrecht, für Streitfragen entsprechend das internationale Zivilprozeßrecht. Ergänzend hierzu, etwa hinsichtlich der Ansprüche, die auf die Lieferzeit oder das Produkt selber gerichtet sind, sowie zum Gerichtsstand gilt die Brüsseler Konvention, die ihrerseits in EU-Recht überführt werden soll.

Strittig ist bis jetzt, ob der Gerichtsstand, wie in der Brüsseler Konvention geregelt, nach dem Ziellandprinzip bestimmt werden

soll (das wäre verbraucherfreundlich) oder, umgekehrt, nach dem Sitz des Anbieters (wie es die Wirtschaftsverbände anstreben). Für beide Prinzipien sprechen jeweils gute Gründe. Unstrittig dagegen, nach anfänglichen Irritationen, ist ein Ausschluß der Provider-Haftung für Inhalte, die sie selber nur vorhalten.

E-Commerce als Binnenhandel verlangt nach einheitlichen Standards. Was die sogenannte elektronische Signatur angeht (eine rechtsverbindliche elektronische Unterschrift), ist Einigkeit erzielt worden. Begleitende Erscheinungen wie die Werbung oder die Auslobung von Zugaben beziehungsweise Preisnachlässen schaffen in diesem Sektor eine Einheitlichkeit, die es im konventionellen Handel nicht gibt. Daher wird mit Anpassungen im nationalen Werberecht sowie in den Rabattgesetzen gerechnet.

AKP-Staaten

Lomé V in Sicht

Beide Seiten sind unzufrieden mit dem auslaufenden Präferenzabkommen (»Lomé IV«), beide Seiten wollen ein neues, besseres Abkommen. Die EU schützte zunächst die WTO vor, um die einseitige Präferenzierung zu beenden. Nachdem die WTO erklärte, ihre Regeln stehen dieser Form der Begünstigung nicht entgegen, verhandelte die EU im eigenen Interesse mit dem Ziel, eine Freihandelszone mit gegenseitiger Begünstigung zu schaffen. Die höhere Schutzbedürftigkeit der Entwicklungsländer »streckt« diese Vision – derzeit bis ins Jahr 2020. – Bei Drucklegung dieser Ausgabe sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Lomé IV

endet im Februar und damit auch die Genehmigung des alten Abkommens durch die WTO.

Osterweiterung

Runde um Runde

Gegen Ende der finnischen Ratspräsidentschaft ist das Europa der 28 in den Blick genommen worden: eine Erweiterung, Runde um Runde, bis an den Kaukasus. In der ersten Runde sollen bekanntlich Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern dazustoßen, in der jetzt beschlossenen Einladungsrunde kommen Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei dazu. Außerhalb der Rundenzählung ist die Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen worden.

Für die Beitrittsreife der Kandidaten der ersten Runde spricht die Tatsache, daß sie Positionspapiere zur Agrarpolitik vorgelegt haben, also zum Thema Nummer 1 auch der »alten« EU. Daß die gegenseitigen Ansprüche nicht auf Anhieb deckungsgleich sind, kann nicht überraschen. Ob der Versuch, mit der sogenannten Agenda 2000 die hierfür benötigten Budgets gewissermaßen zu deckeln, gelingen wird, verdient weitere Beobachtung. Die EU-Position, wonach die Subventionen frühere Preissenkungen ausgleichen sollen und deshalb nur Mitgliedstaaten gewährt werden, läßt sich nicht verteidigen angesichts der Tatsache, daß die Bauern der Mitgliedstaaten mit denjenigen der Beitrittskandidaten auf den selben Märkten in Wettbewerb stehen beziehungsweise treten werden. Einen Ausweg aus dem Dilemma könnten WTO-

Regeln schaffen, welche das Niveau der Agrarsubventionen generell absenken würden; wer darauf hoffte, sieht sich nach der Schlacht von Seattle allerdings enttäuscht. Unsere Probleme werden uns wohl erhalten bleiben.

Bulgarien soll offenbar für politisches Wohlverhalten belohnt werden (für die prowestliche Haltung im Kosovo-Konflikt und für die Zusage, die maroden Kernreaktoren von Kosloduj bis 2006 abzuschalten), bei rein wirtschaftlicher Betrachtung ist dem Land jedenfalls Beitrittsreife auf keinem Gebiet zu bescheinigen. Begrüßenswert ist der Versuch, auf Konvergenz in der Entwicklung des Landes zu setzen.

Lettland und Litauen leiden darunter, daß Estland, der dritte baltische Staat, ihnen im Beitritt vorausgehen soll. Beide Staaten leider aber vor allem unter den Gründen für diese »Zurücksetzung«: sanierungsbedürftige Staatshaushalte und mangelnde Wachstumsimpulse. Erfolge haben sie nahezu ausschließlich in der Inflationsbekämpfung erzielt. Lettland hat außerdem noch große Probleme mit der Integration seiner starken russischen Minderheit.

Malta ist ein unproblematischer Beitrittskandidat und nur aufgrund seiner eigenen wechselnden Einstellungen zur EU bisher nicht schon Mitglied.

Rumänien ist der bevölkerungsreichste und schwierigste Beitrittskandidat der zweiten Runde. Die Wirtschaft schrumpft weiterhin, wenn auch mit fallenden Raten, die Inflation liegt noch bei 50 %, das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 1695 \$ das kleinste.

Daß die EU dem Land die Hand reicht, hat wohl ebenfalls mehr mit politischer Vernunft zu tun als mit wirtschaftlicher. Für diese spricht nicht viel mehr als die Tatsache, daß eine EU-interne Landverbindung zu Griechenland (und später zu Bulgarien und der Türkei) geschaffen wird.

Die Slowakei ließ nach der von ihr selber betriebenen Lösung aus dem Verbund der alten Tschechoslowakei eine Orientierung nach Westen vermissen und disqualifizierte sich dadurch (anders als Tschechien) für einen raschen EU-Beitritt. Der Umweg hat den wirtschaftlichen und politischen Abstand vergrößert. Nach dem Regierungswechsel, der zugleich einen Systemwechsel gebracht hat, wird nun mit hohem Druck an einem Aufschließen gearbeitet.

Die Türkei hat den neuen Status erlangt, ohne die alten Vorbehalte ausgeräumt zu haben. Ihr Beitritt würde ganz sicher die EU insgesamt weit stärker verändern als alle früheren Beitritte. Das politische System, vor allem die politische Praxis entsprechen nicht entfernt den Standards, die für Mitglieder gelten. Die Finanzordnung krankt daran, daß die Bevölkerung traditionsgemäß ungern Abgaben ohne Anspruch auf besondere Gegenleistungen abführt und daß die Bestechungsgelder vom Staat als Teil der Beamtenbesoldung »eingepflanzt« sind. Die Bevölkerung ist ebenso groß wie fruchtbar, ärmer als der EU-Durchschnitt und mobil. Schließlich wäre das Land das erste islamische im ansonsten christlich-atheistischen Verbund. Die lange Wartezeit hat kaum Fortschritte gebracht. Soll man daraus schließen, daß sie

verlängert werden muß? Bisher war das so. Jetzt, nach der Weichenstellung, dauerte es jedenfalls gerade einen Monat bis die verfeindeten Nachbarn Griechenland und Türkei ein Abkommen zur freundschaftlichen Zusammenarbeit geschlossen haben.

Die Finanzierung der zahlreichen Beitritte ist umstritten, zumal neben den Kosten auch der Nutzen zu schätzen ist. Der EU-Haushalt dürfte noch Deckungslücken aufweisen.

Amerika

Mexiko

Ein Land im Umbruch

Die Wirtschaft des Landes blüht im Nachfragesog aus den USA. Die Prognosen für das abgelaufene Jahr (3 % Wachstum bei höchstens 13 % Inflationsrate) könnten erreicht worden sein. Die Prognosen für das laufende Jahr (5 % Wachstum bei höchstens 10 % Inflationsrate) sind nicht unrealistisch hoch angesetzt. Die Auslandsverschuldung des Staates ist auf 17 % des Bruttoinlandsprodukts zurückgegangen, die Währungsreserven auf 31 Mrd. \$ gestiegen. Die Peso-Krise kann als im wesentlichen überwunden gelten.

Dennoch gibt es eine Reihe ungelöster Aufgaben, die zum Teil schon lange bestehen und vor den Wahlen auch nicht mehr angepackt werden. Aus der Sicht der in- und der ausländischen Wirtschaft besonders schmerzlich ist das nach wie vor marode Bankensystem, das die Kreditvergabe im Land praktisch eingestellt

hat. Ausländische Direktinvestitionen allein können den Kapitalmangel nicht ausgleichen. Die Hoffnung, ausländische Banken würden die hochbelasteten mexikanischen Banken (man schätzt die Fehlbeträge auf umgerechnet 11 Mrd. \$) aufkaufen und mit neuem Kapital ausstatten, haben sich nicht erfüllt. Die Privatisierung und Liberalisierung wichtiger Industriezweige (vor allem Petrochemie und Elektrizität) wird bisher verschleppt. Hinzu kommen wachsende soziale Spannungen.

Die seit Gründung der NAFTA noch gewachsene Abhängigkeit von den USA zu reduzieren, ist ein Ziel, das durch Freihandelsabkommen mit der EU und mit dem MERCOSUR erreicht werden soll. Im November 1999 wurde das Abkommen mit der EU ausgehandelt, im Januar stimmte die Europäische Kommission zu. Wenn der Ministerrat das Abkommen billigt, tritt es in Kraft. Viele gewerbliche Güter können dann zollfrei aus- und eingeführt werden, manche zu reduzierten Zolltarifen. Der Austausch von Dienstleistungen (insbesondere Finanz- und Telekommunikationsdienstleistungen) kann zu günstigeren Bedingungen erfolgen als selbst innerhalb der NAFTA.

USA

Dollar oder Euro oder was?

Der Dauer-Boom schafft Vertrauen und speist sich so gewissermaßen selber: ausländische Kapitalanleger bevorzugen die Dollar-Zone, die amerikanischen Verbraucher geben gern Geld aus und verschulden sich auch bereitwillig – im Vertrauen auf die

anhaltende Konjunktur. Kann das immer so weiter gehen? Im Prinzip nicht. Die Handelsbilanz steuert auf ein Rekorddefizit von etwa 330 Mrd. \$ zu (woran wiederum Japan und China mit jeweils über 60 Mrd. \$ beteiligt sind). Die Preise steigen permanent mit Raten zwischen 2 und 3 %. Die Abhängigkeit vom Erdöl und damit vom Kartell der OPEC-Länder ist nach wie vor hoch und macht das Land verletzbar (und ist maßgeblich an den Preissteigerungen beteiligt).

Der Dollarkurs drückt das internationale Vertrauen in die amerikanische Währung aus, die hohen Auslandsschulden zeigen an, daß der Dollarkurs oberhalb des Niveaus liegt, den die Fundamentaldaten erwarten lassen. Der Yenkurs ist so hoch, daß Japan schon jetzt bemüht ist, mit Hilfe der G7-Partner einen niedrigeren Wechselkurs zu erreichen, und keinesfalls bereit sein dürfte, einen weiteren Anstieg hinzunehmen. Im Kreis der internationalen Anlagewährungen würde beim Abflachen der Kurve des Vertrauens in den Dollar ein Sog auf den Euro entstehen. Die europäischen Exporte würden doppelt behindert: durch den zu erwartenden Eurokursanstieg und durch die amerikanische Zurückhaltung bei Importen aus Gebieten, denen gegenüber größere Handelsbilanzdefizite bestehen (EU 1999: etwa 35 Mrd. \$). Der zu erwartende Kapitalzufluß könnte vermehrt privates Risikokapital schaffen, aber auch über eine Zinserhöhung zu einer spürbaren Verteuerung der staatlichen Schuldendienste führen. Was wäre zu erhoffen? – ein möglichst langgezogener Prozeß, der Turbulenzen vermeiden läßt.

MERCOSUR

Will nicht zusammenwachsen

Das abgelaufene Jahr brachte einen konjunkturellen Einbruch in großen Teilen Lateinamerikas, der Intrahandel im MERCOSUR nahm um fast 30 % ab. Für das laufende Jahr wird eine allgemeine Besserung erwartet. Neben klimatischen und konjunkturellen Gründen spielen Differenzen innerhalb der Freihandelszone eine Rolle, insbesondere Argentinien und Brasilien konnten sich bisher auf keinen *modus vivendi* einigen. Beide Länder streiten, als ob sie beliebig viel Zeit hätten, ihre inneren und äußeren wirtschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. Dabei wächst der Abstand der südamerikanischen Freihandelszone gegenüber der nordamerikanischen (NAFTA) und anderen Zonen der Weltwirtschaft – das genaue Gegenteil dessen, was bei der Gründung angestrebt war.

Wanderungsbewegungen innerhalb einer Freihandelszone sind ein Indiz für unterschiedliche Standortqualitäten. Seit Januar 1999, als der brasilianische Real vom Dollar abgekoppelt wurde, während der argentinische Peso an den Dollar gebunden blieb, wandern argentinische Unternehmen ins Nachbarland Brasilien aus, weil sie die Standortqualität höher einschätzen und den größeren Markt von innen heraus besser bedienen können. In Argentinien ist von einem Ausbluten, von Arbeitsplatzverlusten und Demontage der fortschrittlichsten Fabriken die Rede. Das sollte Anlaß genug sein, die Bedingungen zügig zu ändern.

Asien und Australien

ASEAN

Worte wechseln

Die großen Unterschiede zwischen den ASEAN-Staaten haben bisher die Bildung einer funktionierenden Wirtschaftsgemeinschaft verhindert. Kleine neben großen Ländern, arme neben reichen und hochentwickelte neben rückständigen brachten zwar von Zeit zu Zeit teils klotzige, teils trotzige Statements zustande, aber kaum Fortschritte im Innern. Daran hat sich auch während der letzten Tagung in Manila nichts wesentliches geändert. Neuestens Statements zufolge soll eine Freihandelszone geschaffen werden, AFTA (ASEAN Free Trade Area) genannt, die irgendwann auch eine am Euro orientierte Gemeinschaftswährung haben soll. Besonders prominent sind die Nicht-Mitglieder der AFTA: China, Japan, Südkorea.

Golfstaaten

Gemeinsamer Druck verbindet

Die Golfanrainerstaaten (Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate am Persischen Golf) haben viel gemeinsam: Erdöl- und Erdgasreserven und vor allem eine außerordentliche hohe Abhängigkeit ihrer Volkswirtschaften von den Weltmärkten für Öl und Gas. Die Abnehmer sind in vielfältiger Weise, neutral gesprochen, Koalitionen eingegangen (von Handelsabkommen

bis zu Freihandelszonen), die Golfstaaten operieren weitgehend getrennt voneinander. Die raschen Veränderungen im Gefüge der Weltwirtschaft haben den Einigungsdruck erhöht. Der Golfkooperationsrat (Gulf Co-operation Council, GCC) soll nun nach 20 Jahren des Bestehens mit Leben gefüllt und zu einer Freihandelszone ausgebaut werden.

China

Ein bißchen Kapitalismus

Bringt es etwas, Konflikte auf eine höhere Ebene zu verschieben? Im Fall der chinesischen Heim-ins-Reich-Politik scheint die Diskussion über den WTO-Beitritt gewisse klärende Wirkungen zu entfalten. Dem Beitritt Taiwans stand bisher vor allem die chinesische Bedingung im Wege, daß China zuerst Mitglied werden müsse und Taiwan nur als abhängiges Zollgebiet Aufnahme finden dürfe. Der trotz nicht ausgeräumter europäischer Bedenken wohl bevorstehende Beitritt Chinas sowie ein nunmehr als möglich angesehenes Einlenken Taiwans könnte das chinesische Kalkül aufgehen lassen.

Der Beitritt wird auch Folgen für Hongkong und Macau haben (das, Hongkong am Delta des Perlflusses entfernt benachbart, seit dem 20. 12. 1999 wieder zu China gehört), deren wirtschaftliche Stärke zum guten Teil auf der schwachen Position Chinas in der Weltwirtschaft beruhte (Ventil- oder Fensterfunktion). Taiwan unterhält übrigens keine Verkehrsverbindungen zum chinesischen Festland, wohl aber nach Macau. Die chinesische Garantie

einer (dem Muster Hongkong vergleichbaren) Sonderentwicklung in den nächsten 50 Jahren soll nicht zuletzt als Signal an die Adresse Taiwans verstanden werden, sich der Wiedervereinigung nicht länger zu widersetzen.

Der WTO-Beitritt wird die bisherige Entwicklung verstärken. Aufgrund der unterschiedlich langen Übergangsfristen wird erwartet, daß Engagements im Dienstleistungssektor allmählich an Bedeutung zunehmen. Auch die Differenzierung des riesigen Wirtschaftsraumes wird durch die weitere Bevorzugung bestimmter Ballungsräume und Küstenprovinzen noch zunehmen.

China besteht nach wie vor auf einem eigenen Weg der wirtschaftlichen Entwicklung. Es könnte aber sein, daß der WTO-Beitritt Konvergenz auch dort erzwingt, wo sie nicht gewollt ist. Ein bißchen Kapitalismus ist wie ein bißchen schwanger. Die Interdependenz, die gegenseitige Abhängigkeit aller wirtschaftlichen Vorgänge in einem System, über die in jedem Lehrbuch der elementaren Volkswirtschaftslehre nachgelesen werden kann, ist ja kein leerer Wahn. Besonders deutlich wird dies immer dann, wenn große Probleme durch vermeintliche Patentrezepte gelöst werden sollen. Der Versuch, bei maroden Staatsunternehmen Schulden in Aktien umzuwandeln, konnte nicht gelingen, weil keine schlüssigen Sanierungskonzepte dahinterstanden. Die Provinzen denken nicht daran, wirklichen Sanierungen zuzustimmen, da sie einen Anstieg der regionalen Arbeitslosigkeit befürchten. Der Zentralstaat selber steht dem Vorhaben durch schleppende Genehmigungsverfahren im Weg. Die Anleger

halten ihr Geld fest, weil keine realistischen Vermögensbewertungen angeboten werden. Von Ausländern häufig unterschätzt wird auch die Tatsache, daß chinesische »Buchführung« vielfach den Namen nicht verdient.

Das Stichwort Abwertung des Renminbi Yuan ist aus der Diskussion verschwunden. Chinas Währung hat durchgehalten. Der Binnenwert macht der Notenbank indessen Kummer. Die anhaltende Deflation verunsichert die Verbraucher, die für ihr Zögern durch fallende Preise belohnt werden. Die Zinsen sind trotz sieben Senkungsrunden im abgelaufenen Jahr insofern noch zu hoch, als die Deflation verstärkend wirkt. Chinas Unternehmen haben es noch nicht gelernt, Signale dieser Art vernünftig zu verarbeiten, sondern starren, wie von früher gewohnt, vorzugsweise auf die Produktionsergebnisse. Das hat zur Folge, daß viele Lager überfüllt sind. Die staatlich gelenkte Kreditvergabe wird deshalb künftig nicht zuletzt von der Lagerhaltung abhängig gemacht (kein Kredit bei vollen Lagern).

Japan

Letzter Versuch

Die japanische Regierung setzt alles auf eine Karte: *deficit spending*, Anschlag der lahmen Konjunktur mit gepumptem Geld. Sie will ein Wachstum von 1 % im Fiskaljahr 2000/2001 und von 2 % im Jahr darauf erzielen. Mißlingt dies, wird sie (nach heutigem Stand) auf Schulden in Höhe von 122,5 % des Bruttoinlandsprodukts sitzen und einen Schwenk ihrer Wirtschaftspolitik um

180° vollziehen müssen. Warum das neunte defizitfinanzierte Konjunkturprogramm in zehn Jahren den Durchbruch bringen soll, ist kaum zu begründen. Es ist eine Politik des »Es muß einfach gelingen«.

Der niedrigen Konsum- und hohen Sparneigung der Bevölkerung entspricht eine abnehmende Investitionsneigung der Unternehmen, kurz: die Binnennachfrage stagniert. Die Bevölkerung scheint sich auf schmerzhafteste Strukturreformen einzustellen, welche die Regierung wohl kaum vor den nächsten Wahlen einleiten dürfte. Ein Schlaglicht auf die Schiefelage wirft auch der Streit zwischen Regierung und Notenbank über den »richtigen« Yen-Kurs. Der Finanzminister will den Kurs drücken, um das Konjunkturprogramm zu unterstützen, der Notenbankchef will ihn beibehalten, da er den Fundamentaldaten im wesentlichen entspreche. Entsprechend weiträumig wird über die weitere Kursentwicklung des Yen gegenüber dem Dollar spekuliert: zwischen 120 und 80 Yen je Dollar werden für möglich gehalten, während die Regierung keinen Anstieg des Wertes unter 100 Yen je Dollar hinnehmen will.

Afrika

Afrikanische Bilanz

Nur relativ erfreulich

Positive Nachrichten zur wirtschaftlichen Lage in Afrika, insbesondere in Schwarzafrika, beruhen fast immer auf Relativzahlen:

ein Wachstum von durchschnittlich 3,5 % im abgelaufenen Jahr ist eine solche Zahl, zumal das wirtschaftliche Wachstum erfreulicherweise das Wachstum der Bevölkerung übersteigt, so daß trotz des »Aufzehrens« etwas übrig bleibt. Die Inflationsraten, meldete die Afrikanische Entwicklungsbank weiter, sanken auf durchschnittlich 9,9 % (nach über 40 % im Vorjahr). Das Haushaltsdefizit sank auf durchschnittlich 2,9 % (nach 5,4 % im Mittel der fünf Jahre davor). Diese Entwicklung wird gebremst durch umgerechnet 605 Mrd. DM Auslandsschulden.

Es ist schwierig, aber es geht aufwärts, ist man versucht, die Zahlen zu einer Tendenzaussage zusammenzufassen. Die eigentlichen Verhältnisse aber lassen sich nicht mit Relativzahlen allein beschreiben. Instabile politische Systeme; Fehden, Konflikte, Kriege; Korruption und Nepotismus; AIDS und andere Seuchen; mangelnde hygienische und medizinische Standards überhaupt; fehlende schulische und berufliche Bildung; Infrastrukturdefizite und viele andere Größen, die insgesamt einen riesigen Entwicklungsrückstand darstellen, kennzeichnen nach wie vor die Situation in vielen Ländern.

Umso wichtiger ist es, daß in Afrika selber Erfolge erzielt werden, die auf andere Staaten ausstrahlen und Mut machen, den langen Weg einzuschlagen, an dessen Ende mehr Wohlstand lockt. Die auf breiter Front gestrichenen Entwicklungshilfeleistungen sind sicherlich kein geeignetes Mittel, die Wiege der Menschheit zu sanieren: nicht weniger Hilfe, sondern differenzierte Hilfe tut not. Der Schuldenerlaß schließlich, bilanztechnisch

eine Entwicklungshilfeleistung, ist eine noble Geste, die in der Buchhaltung verpufft: er sollte als Lehrgeld der Geber abgehakt werden.

Europa

Irland

Höhenrausch läßt nach

Der Höhenrausch der letzten Jahre hat die irische Wirtschaft geradezu euphorisiert, wie nicht zuletzt im »Partnership 2000« zum Ausdruck kam, einem Abkommen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung über Löhne und Gehälter. Nachdem der irische Haushalt als saniert gelten kann (es werden Überschüsse erzielt, die vorzugsweise zum Schuldenabbau genutzt werden), zeichnet sich ab, daß zwar an einem Konsens festgehalten wird, die Bedingungen aber für die Arbeitnehmer günstiger sein müssen. Der Wohlstand erfreut eben umso mehr, je mehr der einzelne daran teilhat. Die Inflation ist noch nicht bedenklich, zeigt aber schon jetzt an, daß offenbar ein Ventil benötigt wird, um den Druck im Kessel zu verringern.

Arbeitskräfte werden knapp. Das Land hatte jahrelang trotz enormer Migrationsverluste mit Rekordarbeitslosigkeit zu kämpfen. Heute, nach Jahren eines rasanten Wachstums fehlen in zunehmendem Maße qualifizierte Arbeitskräfte. Die Rückwanderung löst nur einen Teil des Problems, steuerliche Signale sollen daneben vor allem nicht berufstätige Ehefrauen ins Arbeitsleben

locken. Trotzdem wird befürchtet, daß die ausländischen Direktinvestitionen nachlassen könnten, weil die Ressource Arbeitskraft nicht ausreichend zur Verfügung steht. Auch diese Entwicklung stärkt die Position der Arbeitnehmer beziehungsweise der Gewerkschaften in den anstehenden Verteilungskämpfen.

Italien

Große Zahlen

Italien ist ein Land der großen Zahlen: die höchste Anzahl an Regierungen in der Nachkriegszeit, die Lire, von denen 1936,27 auf einen Euro gehen, die Staatsverschuldung von 115,7 % des Bruttoinlandsproduktes (bei erlaubten 60 %). Kein Wunder also, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter dem Aspekt der Konvergenz in der EWWU besonders kritisch beobachtet wird. Die Einräumung einer höheren Neuverschuldungsrate als zunächst vereinbart galt vielen Beobachtern als Signal der Rückkehr zum alten Schlendrian. Zum Jahresende 1999 wurden allerdings vorläufige Zahlen vorgelegt, die zeigen, daß die Reduzierung der Neuverschuldung zu gelingen scheint, daß die höhere Grenze nicht in Anspruch genommen wird, kurz: daß das Land ernsthaft bemüht ist, trotz eines neuerlichen Regierungswechsels, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Estland

Willkommen in der WTO

Neben Jordanien ist auch Estland Mitglied der WTO geworden. Für den baltischen Staat soll dieser Schritt die wenig rosigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Land rascher verbessern als es außerhalb der Welthandelsorganisation möglich wäre. Dabei blicken die Politiker vor allem auf Rußland, den großen Nachbarn, der estnische Exporte mit doppelten Zöllen bestraft, wenn sie offen deklariert werden. Importe aus WTO-Mitgliedstaaten dagegen werden nur einfach verzollt. Ob die Russen allerdings die Esten gleichbehandeln werden, bleibt abzuwarten. Die negative estnische Handelsbilanz benötigt dringend Kapitalzustrom von außen – am besten aus Verkäufen.

Rußland

Übergang zu was?

Der Vertrag zur Gründung der russisch-weißrussischen Union weckt im Westen wenig Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse: zu viele Schwächen und zu wenige Stärken kommen da zusammen. Der Schritt nährt die Annahme, beide Länder hängen mehr alten Großmachtträumen an wie sie auch, mit umgekehrten Vorzeichen, im Tschetschenienkrieg zum Ausdruck kommen, als daß eine höhere Selbstorganisation zur rascheren Bewältigung der Transformationsaufgaben beabsichtigt sei. Die Ukraine folgte der Einladung, ebenfalls beizutreten, denn

auch mit der Begründung nicht, sie beteilige sich nicht an solchen Spielen.

Die russische Übergangsregierung richtet ihr Handeln an den Aussichten im kommenden Wahlkampf aus, so daß erst danach erkennbar werden kann, welchen Weg Rußland einschlagen wird. Es scheint, als ob viele der irrationalen Momente des Jelzin-Regimes nüchternen Überlegungen weichen werden. Eine wesentliche Stütze stellt das ausländische Kapital dar, welches ins Land fließt. Wenn es aber die beabsichtigten produktiven Wirkungen nicht entfalten kann, entwickelt sich die Hilfe zu einem Problem. Die Auslandsschulden der Sowjetunion und Rußlands drücken schon jetzt. Eine Umschuldung und weitere Mittel kommen aber erst dann in Betracht, wenn ein schlüssiges Entwicklungskonzept vorgelegt wird.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

WiFö – Die Förderdatenbank auf CD-ROM

Fachverlag Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. CD-ROM. 248 DM (zur Fortsetzung). 6 Updates jährlich, je 198 DM. ISBN 3-87156-194-0.

Um das Geld, das der Staat von Unternehmen beansprucht, kümmert sich der Staat selber, um das Geld, das vom Staat in die Unternehmen zurückfließen könnte, muß sich das Unternehmen kümmern. Ohne Hilfe ist es schwer, eine Übersicht zu erlangen über die vielen Fördertöpfe und -programme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union.

Gefördert werden Existenzgründungen, Forschung und Entwicklung, Investitionen, aber auch Arbeit und Bildung, Beratung von Unternehmen, umweltschonende und energiesparende Maßnahmen, die Ausfuhr und vieles andere.

Die Förderdatenbank auf CD-ROM macht es Ihnen leicht. Sie weist über 1000 Förderprogramme nach, ermöglicht durch ein ausgeklügeltes Raster einen schnellen Einstieg in jedes Programm und dokumentiert sie im Volltext, dem authentische Quellen zugrunde liegen. Die Programme werden ergänzt durch Adressen und weitere nützliche Hinweise. Das Raster läßt sowohl grobe als auch raffinierte Formen der Suche zu, sowohl einfache, die sich intuitiv erschließen, als auch komplexe, die mit den bekannten booleschen Operatoren definiert werden. Checklisten zu den meisten Programmen erlauben eine schnelle Prüfung, ob eine Antragstellung lohnen kann oder nicht.

Die CD-ROM ist besonders gut geeignet für Nutzer mit umfassenden Informationsansprüchen sowie für den mobilen Einsatz. Die Updates bringen alle zwei Monate einen vollständig aktualisierten Datenbestand. Dabei werden Änderungen und Ergänzungen gegenüber der Vorgängerversion so eingearbeitet, daß sie sowohl im Überblick als auch punktuell rasch als solche erkannt werden können. Die Abonnenten erhalten gratis »WiFö – Das Journal« mit neuesten Nachrichten aus der Förderszene und haben ebenfalls gratis im Internet Zugriff auf den »WiFö – Förderkalender« mit aktuellen Terminen, Zeitfenstern etc.

Außenwirtschaftsbrief 1/2000. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Februar 2000: Deutscher Wirtschaftsdienst.